

Recht und Gerechtigkeit

Frau "Justitia" wird meistens mit verbundenen Augen abgebildet, Zeichen für die vollständige Unparteilichkeit des Rechtswesens: jeder Person, ob reich oder arm, ob weiss oder schwarz, ob gebildet oder Analphabet, ob jung oder alt, soll gemäss den geltenden Gesetzen Recht und Gerechtigkeit widerfahren. Dies ist zumindest die Theorie.

Ein Konflikt und seine Auswirkungen

In der Praxis gilt das Rechtswesen (Justicia) in Bolivien als die korrupteste Institution, noch weit vor der Polizei oder dem Zoll. Jedes Jahr werden laut der von der US-Hilfsorganisation USAID finanzierten Organisation „Red Anticorrupción Bolivia“ (Netzwerk gegen die Korruption in Bolivien) 429.000 Amtsgänge, die mit der Justiz zu tun haben, mit Schmiergeldern abgewickelt, das sind immerhin 20% aller Amtshandlungen. Deshalb gilt der „Justizpalast“ (wörtlich: „Palast der Gerechtigkeit“) im Volksmund als „Unrechtspalast“.

Seit einem Monat schwelt ein untergründiger und zum teil sichtbarer Konflikt zwischen der bolivianischen Regierung unter Präsident Evo Morales und dem Verfassungsgericht. Anlass für dieses Tauziehen der beiden Staatsgewalten war ein Urteil des Verfassungsgerichts, dass vier der von der Regierung interimsmässig gewählten Richter des obersten Gerichtshofes abtreten müssten, weil „ihre Zeit abgelaufen sei“. Nun ist es so, dass die Verfassungsrichter sich in den Fragen der Verfassungsgemässheit von Gesetzen auszusprechen haben, aber nicht Richter absetzen können. Sie sind allesamt noch von der früheren Regierung Sánchez de Lozada gewählt worden und versuchen auf diese Weise, die Politik von Evo Morales zu torpedieren.

Dieser Vorfall war aber nur der Paukenschlag für einen Schneeballeffekt, der in Kürze die Rolle und den Ruf der Justiz in Bolivien insgesamt in die Öffentlichkeit getragen hat. Die Regierung klagt das Rechtswesen generell der Korruption und Bevorzugung von Leuten mit Einfluss und Geld, während sich die Opposition plötzlich um die Bewahrung der „Demokratie“ und die Gewaltenteilung kümmert. Es geht um einen politischen Machtkampf zwischen Regierung und Opposition, der aber das wahre Ausmass des Vertrauensschwunds der Bürgerinnen und Bürger in das Rechtswesen und dessen Gerechtigkeit verschleiert.

Ein „Sumpf“ von Korruption und Schlamperei

Zur Illustration seien ein paar Beispiele genannt. Von 1998 bis 2001 gab es insgesamt 4000 Anklagen gegen Funktionäre des Gerichtswesens; davon wurden bloss 139 oder 3,5% verurteilt. Trotz der Evidenzen bleiben viele Delikte der Justiz ungestraft.

Von den 7207 Gefangenen im Land sitzen bloss 1803 mit einem endgültigen Urteil ihre Strafe ab; 75% sitzen ohne Gerichtsurteil in einem Gefängnis. Die Justiz und ihr bürokratischer Apparat verschleppen die Prozesse über Jahre hinaus.

Andererseits werden die „grossen Fische“ nach Zahlung einer Kaution freigelassen und „mangels Beweisen“ meistens auch umgehend freigesprochen. So etwa geschehen mit dem ehemaligen Abgeordneten Roberto Landivar, der in einem Bankenskandal die KleinsparerInnen um 60 Millionen Dollar betrogen hat. Aufgrund eines Gentleman-Agreement zwischen Richtern, Anklägern und dem Angeklagten kam dieser mit einer Kaution von 1,2 Millionen Dollar davon.

Dieselben vier obersten Verfassungsrichter, die jetzt von der Regierung angegriffen werden, haben vierzehn Tage vor der Flucht des früheren Präsidenten Sánchez de Lozada in die USA (Oktober 2003) noch ein Dekret als verfassungsmässig bezeichnet, das die Erdgas- und Erdölvorkommen Boliviens dem Eigentum der multinationalen Unternehmen übergeben soll, obwohl die Verfassung im Artikel 139 dies untersagt.

Das Kräftemessen hält an

Bis heute ist die Regierung daran, dieses Dekret rückgängig zu machen, das den bolivianischen Staat um Einnahmen in Milliardenhöhe betrogen hat. Diese Richter sind aber immer noch im Amt und verhindern um jeden Preis, dass der Ex-Präsident Sánchez de Lozada wegen Betrug (über 330 Millionen Fluchtgelder) und Genozid (er hat über 60 Menschenleben auf dem Gewissen) in Bolivien verurteilt wird. Ganz zu schweigen von der US-Regierung, die Sánchez de Lozada in Schutz nimmt.

Angesichts dieser Beispiele krassen Amtsmissbrauchs mag es nicht erstaunen, dass für die meisten BolivianerInnen das Gerichtswesen als undemokratisch, korrupt und vor allem ungerecht gilt. Man und frau überlegen es sich zweimal, um Fälle von Vergewaltigung, Amtsmissbrauch, Korruption oder Nepotismus („Freundesdienste“) anzuzeigen. Die meisten Fälle „verlaufen sich im Sand“ oder werden eben mit Schmiergeld unter dem Tisch geregelt; nicht selten werden auch Schweigegelder bezahlt. Die Anwälte sind diejenigen, die dabei sich eine goldene Zukunft verdienen.

Dass jetzt die Opposition „Zether und Mordio“ schreit und die Demokratie in Gefahr sieht, ist mehr als nur zynisch, weil sie es war, die solche ungesetzlichen Praktiken zur Zeit ihrer Regierung jahrelang unterstützt oder zumindest geduldet hatte. Ob die Regierung von Evo Morales aber diesen Augiasstall je wird ausmisten können, bleibt zweifelhaft. Denn die Macht der Gerichte ist nach wie vor sehr gross.

... aber der Fussball ist doch wichtiger!

Während dieses Konfliktes erregt die Entscheidung der FIFA (Internationaler Fussballbund, mit Sitz in Zürich), keine internationalen Spiele mehr in Stadien auf Höhen von über 2500

Metern ü. Meer zu erlauben, die Gefühle der Menschen der Strasse. Die Entrüstung in Bolivien ist gross, und für eine Weile ist FIFA-Chef Joseph Blatter Staatsfeind Nummer Eins. Hier wird eifrig eine Million Unterschriften gegen diese Form der „Diskriminierung“ gesammelt. Die Massnahme betrifft – ausser Santa Cruz – praktisch alle grösseren Städte Boliviens, einige wichtige von Peru (Arequipa und Cusco), sowie die Hauptstädte von Ecuador und Kolumbien.

Auch hier geht es um „höhere“ Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit. Und wenn es um das runde Leder geht, sind sich sogar die Regierung und das Rechtswesen wieder einig...